

## Amtlicher Teil

## Öffentliche Bekanntmachungen und Ausschreibungen

### Satzung der Stadt Offenburg über die Teilaufhebung der Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebiets „Mühlbach“

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung (GemO) für Baden-Württemberg in der Fassung vom 24.7.2000, zuletzt geändert am 19.6.2018 (GBl. S. 221) und des § 162 Absatz 2 Satz 1 i.V.m. dem Absatz 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3.11.2017, zuletzt geändert am 20.7.2017 (BGBl. I S. 2808) hat der Gemeinderat der Stadt Offenburg in seiner Sitzung am 8.4.2019 folgende Aufhebungssatzung beschlossen:

#### § 1 Änderung der Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebiets

Die Satzung der Stadt Offenburg über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebiets „Mühlbach“, Beschluss des Gemeinderats vom 19.11.2007, geändert durch Beschluss vom 11.10.2010, wird für die im Lageplan näher gekennzeichneten Grundstücksteilflächen aufgehoben.

#### § 2 Festlegung der Aufhebungsflächen

Die Aufhebungsflächen bestehen aus folgenden Grundstücksteilflächen:

Flst.Nr.	Teilfläche
1512/41	2.480 m <sup>2</sup>
89	210 m <sup>2</sup>
154	1.378 m <sup>2</sup>

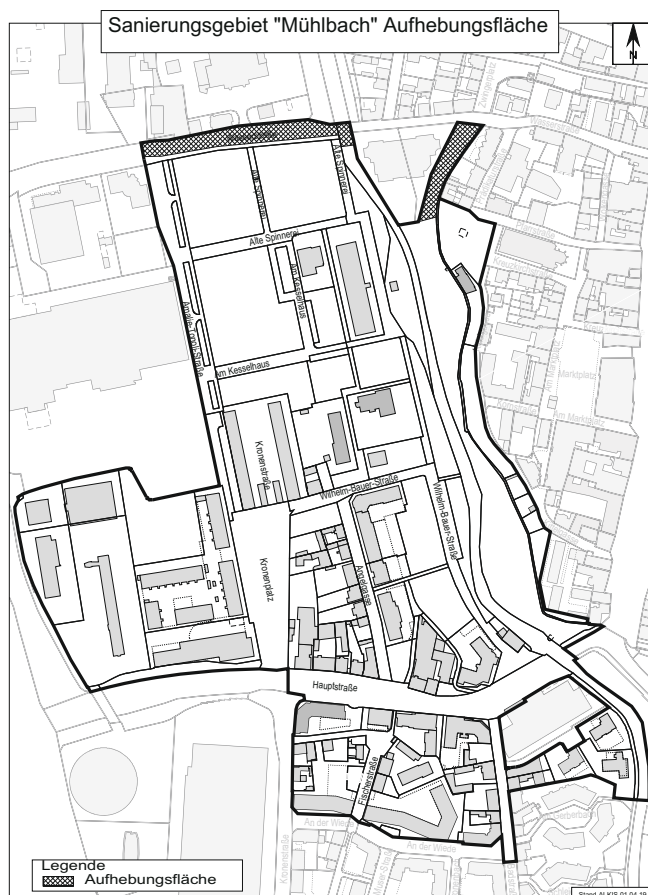
Die Teilaufhebungsflächen umfassen alle im Lageplan der Stadt Offenburg vom 15.5.2019 schraffiert gekennzeichneten Grundstücksteilflächen. Der Lageplan ist Bestandteil dieser Satzung.

#### § 3 Inkrafttreten

Die Satzung wird gemäß § 162 Abs. 2 Satz 4 BauGB mit ihrer Bekanntmachung rechtsverbindlich.

Offenburg, 25.5.2019

Marco Steffens  
Oberbürgermeister



#### Hinweis:

Ist die Satzung unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften nach der Gemeindeordnung (GemO) zu Stande gekommen, gilt sie ein Jahr nach Bekanntmachung als von Anfang an gültig zu Stande gekommen (§ 4 Abs. 4 GemO). Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Gemäß § 215 Abs. 1 BauGB werden eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 3 bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften und Mängel in der Abwägung unbeachtlich, wenn sie nicht in den Fällen des § 214 Abs. 1 Nr. 1 BauGB innerhalb von zwei Jahren seit Bekanntmachung dieser Sanierungssatzung schriftlich gegenüber der Stadtverwaltung Offenburg geltend gemacht worden sind; der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen.

### Verkehrsgerechter Umbau Knoten B 3 / K 5366, OD Windschlag

#### Einleitung des Planfeststellungsverfahrens durch das Regierungspräsidium Freiburg und Auslegung der Planunterlagen zur Einsichtnahme

Die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Straßenbauverwaltung des Regierungspräsidiums Freiburg, hat die Feststellung des Planes nach § 17 Bundesfernstraßengesetz (FStrG) i. V. m. §§ 72 ff. Landesverwaltungsverfahrensgesetz (LVwVfG) für den Umbau des o.g. Knotens beantragt.

- Die vorliegende Planung umfasst den verkehrsgerechten Umbau des Knotens B 3 / K 5366 / Windschläger Straße. Der Knotenpunkt liegt zwischen Offenburg und Appenweiler im Offenburger Ortsteil Windschlag. Die Länge des Umbaubereichs beträgt ca. 400 m. Der Ausbau sieht durchgängig zwei Streifen in jede Fahrtrichtung einschließlich separater Linksabbiegespur vor. Ziel der Maßnahme ist die Steigerung der Leistungsfähigkeit des Knotenpunktes und die Erhöhung der Verkehrssicherheit. Der Wirtschafts- und Radweg (südlich des Knotenpunktes) in Fahrtrichtung Offenburg soll auf einer Länge von 90 m verlegt werden. In Richtung Appenweiler ist vorgesehen, die gesamte Zufahrt der K 5366 umzugestalten. Die Dreiecksinsel und der Fahrbahntropfen in der K 5366 werden entfallen. Gegenstand des Vorhabens sind auch landschaftspflegerische Begleitmaßnahmen im direkten Trassenbereich und auf anderen Grundstücken der öffentlichen Hand.

- Die Planunterlagen für das Vorhaben mit dem Erläuterungsbericht liegen **von Dienstag, 28.5.2019 bis einschließlich Donnerstag, 11.7.2019 im Technischen Rathaus, Bürgerbüro Bauen, Wilhelmstraße 12, 77654 Offenburg von Montag bis Donnerstag von 8 bis 17 Uhr, freitags von 8 bis 13 Uhr** zur Einsicht aus. Der Einsichtnahmezeitraum wurde wegen der Ferienzeit über den gesetzlich vorgesehenen Zeitraum von einem Monat hinaus verlängert. Die ausgelegten Unterlagen können ab Beginn der Offenlage am 28.5.2019 auch auf der Internetseite [www.rp-freiburg.de](http://www.rp-freiburg.de) unter der Rubrik „Aktuelles“ bzw. auf der Seite <https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpf/Abt2/Ref24/Seiten/Planfeststellung.aspx> unter der Rubrik „Straßen“ eingesehen werden.
- Jeder, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, kann ab Beginn der Auslegung bis zwei Wochen nach deren Ende, also **bis einschließlich Donnerstag, 25.7.2019** schriftlich oder zur Niederschrift beim

Regierungspräsidium Freiburg, Referat 24  
79083 Freiburg i. Br. (schriftlich) bzw. Kaiser Joseph Straße 167, 79098  
Freiburg i. Br. (zur Niederschrift)

oder bei der

Stadt Offenburg  
Stadtplanung und Stadtgestaltung  
Wilhelmstraße 12  
77654 Offenburg

Einwendungen gegen den Plan erheben (Einwendungsfrist).